

Roter Fächer

Informationen der DKP Karlsruhe



8. März – Internationaler Frauentag

Deutsche Kommunistische Partei (DKP) Karlsruhe unterstützt Aktionen zum Internationalen Frauentag. Der Kampf für die Rechte der Frauen ist ein Kampf für die Rechte der ganzen Arbeiterklasse.



Der **Internationale Frauentag** entstand im Kampf um Gleichberechtigung, um bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne und kürzere Arbeitszeiten. Die Kämpfe richteten sich historisch auch gegen die unzu-

mutbaren Wohn- und Lebensbedingungen und gegen den Ausschluss von Frauen von Wahlen. Dieser Kampf war immer **Bestandteil der Kämpfe der Arbeiterbewegung** um wesentliche politische sowie soziale Grundrechte und um die grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Der erste Internationale Frauentag fand am 19. März 1911 statt.

Im **Parteiprogramm der DKP** heißt es: „Die DKP unterstützt das Eintreten der Frauen für ihre Interessen und strebt dabei die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit allen Gruppen und Initiativen an, deren Wirken auf die Verteidigung und den Ausbau der sozialen und demokratischen Rechte der Frauen gerichtet ist. Frauenunterdrückung ist ein zentraler Bestandteil kapitalistischer Ausbeutung. Der Kampf gegen sie kann nur im engen Zusammenwirken mit der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung erfolgreich sein. Er liegt im Interesse der gesamten Klasse. Die Emanzipation ist nicht im Rahmen einer auf Ausbeutung beruhenden Gesellschaft zu verwirklichen. Voraussetzung dafür ist eine andere, **sozialistische Gesellschaft.**“

Sozial is' muss!

Die Bundeswehr – Kein Arbeitgeber wie jeder andere

Protest gegen den Auftritt der Bundeswehr bei der Berufseinsteigermesse „Einstieg Beruf 2015“ am 24. Januar in der dm-arena der Neuen Messe Karlsruhe.

Das **Friedensbündnis Karlsruhe** und das **Offene Treffen gegen Krieg und Militarisierung (OTKM)** organisierten am 24. Januar eine ganztägige Protestaktion gegen den Auftritt der Bundeswehr bei der Berufseinsteigermesse „Einstieg Beruf 2015“. Hierbei handelt es sich um die größte regionale Messe für berufliche Ausbildung. Genossinnen und Genossen der DKP unterstützten die Aktion. Ab 13 Uhr gab es Ansprachen von Vertretern des Friedensbündnisses, des OTKM, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP). Hier die **Ansprache des DKP-Vertreters** im Wortlaut:

»Bei der Ausbildungsmesse „Einstieg Beruf 2015“ informieren viele Unternehmen aus der Region über ihre Ausbildungsmöglichkeiten. **Darunter auch die Bundeswehr.**

Die Personalwerber der Bundeswehr suchen dringend Nachwuchs für eine Armee, die von ihrer politischen und militärischen Führung immer häufiger zu **Auslandseinsätzen** abkommandiert werden soll.

Vor einem Jahr veröffentlichten die *Stiftung Wissenschaft und Politik* und der *German Marshall Fund of the United States* das Thesenpapier „Neue Macht - Neue Verantwortung“. Seither wird in Artikeln von „Spiegel“, „Zeit“ und „FAZ“ das Bild von einem Land entworfen, das endlich erwachsen werden müsse und **„mehr internationale Verantwortung“** schultern müsse.

Auf der sog. **„Sicherheitskonferenz“** im Februar letzten Jahres in München haben in abgestimmten



Protest: Friedensbündnis und OTKM vor dem Haupteingang der Messe Karlsruhe.



Ein Panzer als Spielplatz? Bundeswehr verspricht Abenteuer und Spaß und bringt Tod und posttraumatische Belastungsstörungen.

Redebeiträgen Verteidigungsministerin, Außenminister und Bundespräsident ins gleiche Horn geblasen.

Dabei heißt für sie „Internationale Verantwortung“ immer nur das eine: Soldaten in Auslandseinsätze schicken um die **politischen und ökonomischen Interessen der herrschenden Fraktionen der deutschen Monopolbourgeoisie** zu verteidigen.

Was das bedeutet, haben wir in **Afghanistan** gesehen. 13 Jahre Krieg, mehr als 180.000 Tote, ein zerstörtes Land, das seine nationale Souveränität verloren hat und praktisch zu einer westlichen Kolonie geworden ist. Milliarden Dollar und Euro, die für die Menschen nichts gebracht haben - keine Arbeitsplätze, keine Sicherheit, keine Perspektive.

Verdient haben die **Waffenlieferanten und ihre Aktionäre**. Bezahlt haben die Menschen in Afghanistan.

Bezahlt haben aber auch die Bundeswehrsoldaten, die so naiv waren zu glauben, es handele sich in Afghanistan um so etwas wie Entwicklungshilfe.

Die **Traurige Bilanz**: 2013 wurden rund 2.370 deutsche Soldatinnen und Soldaten in Auslandseinsätze geschickt. Davon litten insgesamt 1.602 nach ihrer Rückkehr an einer posttraumatischen Belastungsstörung und benötigen psychologische Betreuung. D.h.: 67% der Bundeswehrsoldaten kommen mit psychischen Störungen von ihren Auslandseinsätzen zurück!



Bundeswehr fährt schwere Geschütze auf um neue Rekruten für den Krieg zu gewinnen.

Nach einer Umfrage des Deutschen Bundeswehrverbandes würden über 70% der heutigen Berufssoldaten Verwandten und Freunden davon abraten, sich bei der Bundeswehr zu verpflichten.

Und auch die Zivilbeschäftigten der Bundeswehr halten nicht allzu viel von ihrem Arbeitgeber. Laut einer Umfrage des Verbands der Beamten der Bundeswehr (VBB) ist fast die Hälfte der Zivilbeschäftigten mit der Bundeswehr als Arbeitgeber unzufrieden. Zwei Drittel der Befragten würde die Armee als Arbeitgeber nicht weiterempfehlen.

Deshalb wirbt die Bundeswehr mit dem „Karriere-Truck“, mit Beach-Volleyball-Turnieren, mit dem „Girls-Day“, in Arbeitsagenturen, an Schulen und in Berufsmessen um Jugendlichen die Armee schmackhaft zu machen.

Der Werbeetat der Bundeswehr steigt und steigt. 2011 standen für die Nachwuchswerbung der Bundeswehr 12 Millionen Euro zur Verfügung, ein Jahr später waren es schon 16 Millionen und 2013 wurden 29 Millionen veranschlagt.

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen will die Bundeswehr „zu einem der attraktivsten Arbeitgeber in Deutschland“ machen. Was sie dabei verschweigt: Die Bundeswehr ist kein Dienstleistungsunternehmen, sondern staatliches **Exekutivorgan der herrschenden politischen Klasse**. Die Interessen, die von der Bundeswehr nach Innen und Außen vertreten werden sind die Interessen der herrschenden Kapitalfraktionen, der Großkonzerne und Banken, die Absatzwege und Absatzmärkte militärisch sichern müssen um ihre Profite zu realisieren.

Die politischen und ökonomischen Interessen, die von der Bundeswehr nach Innen und Außen vertreten werden sind **nicht** die Interessen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung und schon gar nicht die Interessen ihrer zivilen und militärischen Mitarbeiter.

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) solidarisiert sich mit dem Protest gegen die Präsenz der Bundeswehr bei der Ausbildungsmesse „Einstieg Beruf“.

Wir sagen „Nein“ zum Werben fürs Töten und Sterben.

Soldat ist kein Beruf wie jeder andere. Ein Stand der Bundeswehr hat auf einer Ausbildungsmesse nichts zu suchen. - kaj

Engagiert Euch!

Das **Offene Treffen gegen Krieg und Militarisierung (OTKM)** findet jeden 1. und 3. Montag um 20 Uhr in der Planwirtschaft, Werderstraße 28, 76137 Karlsruhe statt.

Das **Friedensbündnis Karlsruhe** trifft sich jeden 1. Dienstag im Monat um 18 Uhr im DGB-Haus, Ettlinger Straße 3a, 76137 Karlsruhe.



Vielfalt willkommen heißen – gegen PEGIDA und Co.

Über 1.000 Karlsruher Bürgerinnen und Bürger setzten am 26. Januar auf dem Stephanplatz ein Zeichen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Aufgerufen hat ein breites Bündnis aus über 60 Parteien, Vereinen, Gewerkschaften und sonstigen Organisationen – darunter auch die DKP.

Über 1.000 Karlsruher ließen sich von eisigen Temperaturen und Schneeregen nicht abhalten und folgten dem Aufruf zur **Kundgebung auf dem Stephanplatz**. Unter dem Motto „Vielfalt willkommen heißen – vielfältig, weltoffen, solidarisch“ riefen über 60 Karlsruher Organisationen zur Kundgebung auf.

Die **DKP Karlsruhe** betont: Die Positionen von PEGIDA sind unannehmbar und nicht politisch verhandelbar. Rassismus und Faschismus sind keine Themen für eine Diskussion mit offenem Ausgang.

PEGIDA führt uns vor Augen, dass die faschistische Gefahr in der BRD keinesfalls gebannt ist. Zwar handelt es sich (noch) nicht um eine faschistische Bewegung, offenbart aber, wie eine solche Bewegung entstehen kann. Der **Faschismusforscher Reinhard Kühnl** sagte über Entwicklung und Struktur faschistischer Bewegungen: „Zwischen den beiden Weltkriegen bildeten sich in fast allen europäischen Ländern Gruppen und Bewegungen, die in das herkömmliche politische Schema schwer einzuordnen waren. Sie protestierten sowohl gegen den Kapitalismus als auch gegen den marxistischen Sozialismus; sie bekämpften die bürgerliche Demokratie; ... sie behaupteten, konservativ und revolutionär zugleich zu sein; und stellten damit dem ersten Anschein nach eine merkwürdige Mi-



schung aus linken und rechten Elementen dar. ‚Faschisten‘ nannten sich jene Gruppen zunächst in Italien“. Diese Beschreibung trifft erschreckend genau auf die aktuelle PEGIDA-Bewegung zu.

Bei jeder gesellschaftlichen Erscheinung ist immer auch nach den **Ursachen** zu fragen. Im Falle von PEGIDA laufen im wesentlichen zwei Entwicklungslinien zusammen:

Erstens: Das Ausmaß von Flucht und Vertreibung hat weltweit den höchsten Stand seit dem zweiten Weltkrieg erreicht. Menschen fliehen aus ihren Heimatländern allen voran in Afrika, im Nahen und Mittleren Osten. Menschen fliehen vor der Waffengewalt der Kriege und Bürgerkriege. Menschen fliehen vor politischer Verfolgung, vor Unterdrückung und Folter, aber auch vor Armut und Hunger. Aber-tausende von Flüchtlingen versuchen Europa zu erreichen, einen Kontinent, in dem aus ihrer Sicht Frieden und Wohlstand herrscht.

Dabei ist der **Anstieg der Flüchtlingszahlen keine Naturkatastrophe**, sondern Resultat imperialistischer Politik. Deutschland ist der drittgrößte Waffexporteur der Welt. Ganz legal, also mit Genehmigung der Bundesregierung, wurden und werden Kriegswaffen und Rüstungsgüter an kriegführende Staaten und Krisengebiete geliefert. Einer der größten Abnehmer deutscher Waffen ist Saudi-Arabien. Alleine 2012 wurden Waffentransfers im Wert von 1,237 Mrd. Euro von der Bundesregierung genehmigt – trotz der desaströsen Menschenrechtslage



Kundgebung am 26. Januar auf dem Stephanplatz

im Land, trotz Fatwa und Scharia, trotz öffentlicher Verstümmelungen und Exekutionen politisch Andersdenkender oder Andersgläubiger.

Einer der größten Krisenherde ist derzeit in Syrien und Irak zu finden. Hier mordet die Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) mit unvorstellbarer Grausamkeit und Brutalität und treibt hunderttausende von Menschen in die Flucht. Doch auch der IS kam nicht aus dem Nichts. Seine Entstehungs- und Wirkungsgeschichte ist untrennbar eingebunden in die globalen Machtspiele der imperialistischen Großmächte USA und EU. Denn es geht nicht so sehr um Religion und religiösen Fundamentalismus, als um einen Verteilungskrieg, der von internationalen Mächten und Akteuren in der Region zur Durchsetzung wirtschaftlicher, politischer und strategischer Interessen und zur Sicherung des Zugriffs auf Ressourcen geführt wird. Es geht um die **Neuordnung des Mittleren Ostens** – und diese Neuordnung hat auch Auswirkungen auf die gesamte Weltordnung. Westliche Aggressionen in Nah- und Mittelost und Hilfen wichtiger regionaler Verbündeter des Westens haben den Aufstieg der Terrororganisation IS erst möglich gemacht.



Voraussetzungen des Siegeszugs des IS waren die **Zerstörung des Irak und die Destabilisierung Syriens** durch die USA und ihre Verbündeten. In dem blutigen Vormarsch des IS kulminiert eine Entwicklung, die aufs Engste mit den Interventionen des Westens in Nah- und Mittelost verbunden ist und mit der Zerstörung des Irak durch den US-geführten Überfall am 20. März 2003 begann (mit mittlerweile über 1 Mio. Kriegstoten!). Infolge des Irak-Krieges wurden die politisch-ökonomischen Verhältnisse des Landes völlig zerschlagen, die Lebensverhältnisse der Menschen verschlechterten sich massiv, die Stimmung in der Bevölkerung wurde reaktionärer und aufgeheizter. In diesem Machtvakuum – gepaart mit dem (allzu verständlichen) Hass auf die USA – hatte der IS leichtes Spiel, an Einfluss zu gewinnen und große Teiler der Menschen auf seine Seite zu ziehen. Bis 2011 fehlte dem IS jedoch das finanzielle und militärische Potential, ganze Gebiete unter Kontrolle zu bekommen. Die Chance, dieses Potenzial zu erlangen, erhielt der IS Ende 2011, als Syrien infolge der Interventionen des Westens (allen voran der USA, Frankreichs und Großbritannien, aber auch mit logistischer Unterstützung der Bundeswehr) poli-

tisch destabilisiert und ökonomisch zerschlagen wurde.

Zweitens: Warum nehmen die Menschen in Deutschland - einem der reichsten Länder der Erde - die steigenden Flüchtlingszahlen als Bedrohung wahr? Dies kann nur durch die **Angst vor dem eigenen sozialen Abstieg** erklärt werden. Denn hätten die Menschen in Deutschland keine Angst vor Arbeitslosigkeit, Armut und Verelendung, hätten sie auch keinen Grund, Flüchtlingen ihr Menschenrecht auf Asyl zu verweigern, sie als „Sozialschmarotzer“ zu diffamieren und zu befürchten, irgendwer nehme ihnen ihren Wohlstand weg.

Die **herrschende politische Klasse** trägt damit unmittelbar Verantwortung für Rassismus und Menschenfeindlichkeit. Denn sie ist verantwortlich für die Abwälzung der Krisenlasten auf breite Bevölkerungsteile, für Agenda 2010 und Hartz IV. Diese und andere Sozialraubzüge haben dazu geführt, dass mittlerweile jeder fünfte Deutsche in Armut lebt. Diese Angriffe auf soziale Rechte haben berechnete Existenzängste in der Bevölkerung erzeugt, die jetzt ihren reaktionären Ausdruck in den PEGIDA-Demonstrationen finden.

Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Bei Massenbewegungen wie PEGIDA ist dabei stets auch nach der **Klassenbasis** zu fragen. Denn das gesellschaftliche Sein bestimmt das Bewusstsein der Menschen. Rassismus hat seine Wurzeln immer auch in der **Klassenstruktur der Gesellschaft**.

Diesbezüglich lässt sich eine Übereinstimmung mit real vorhandenen Interessen- und Machtvektoren des deutschen Kapitals festmachen. Interessanterweise lautet ein Punkt des **PEGIDA-Forderungskatalogs**: „Wir fordern ein Ende der Kriegstreiberei gegen Russland“. Außerdem spricht sich der Forderungskatalog gegen den „zunehmenden Verlust an Autorität für die Landesparlamente der einzelnen EU-Staaten durch die irrwitzige Kontrolle durch Brüssel“ aus. Beide Forderungen haben nur wenig mit der vermeintlichen „Islamisierung des Abendlandes“ zu tun. Beide Forderungen korrelieren aber (nicht zufällig) sowohl mit den Interessen einer Gruppe mittelständischer Familienunternehmen als auch mit den Interessen derjenigen Teile des Großkapitals, die ein Geschäftsinteresse am osteuropäischen und russischen Markt haben (z.B. Siemens). Dies ist die ganz **materielle Basis des PEGIDA-Rassismus**. →→→

→→→ Der Kampf gegen Krieg, Rassismus und alle Spielarten des Faschismus findet seinen konsequentesten Ausdruck in einer **antiimperialistischen Verknüpfung** aller drei dieser Aktionsfelder, die sich nicht zuletzt gegen den **deutschen Imperialismus** wendet. Denn staatlicher Rassismus einerseits sowie alltägliche Bedrohungs- und Kriegshetze aus den Lautsprechern der Herrschenden andererseits finden aktuell in PEGIDA einen mas-

senhaften Widerhall, der eine **antifaschistische (Re-)Aktion** erfordert. Anzuprangern sind die Verhältnisse und Kräfte, die so etwas wie PEGIDA überhaupt erst möglich machen.

Der Imperialismus war und ist die Wurzel des Faschismus!



AfD – Keine Alternative für die Arbeiterklasse

DKP Karlsruhe beteiligte sich an den Protesten gegen den AfD-Parteitag in Karlsruhe-Neureut am 17. Januar.



Am 17./18. Januar fand der Parteitag der rechtspopulistischen Alternative für Deutschland (AfD) in der Badnerlandhalle in **Karlsruhe-Neureut** statt. Ein breites Aktionsbündnis aus DGB Gewerkschaften, antifaschistischen Gruppen und Orga-

Im Bündnis mit der PEGIDA-Bewegung versucht die AfD seit Ende letzten Jahres eine **Massenbasis** für ihre Politik zu finden.

Die AfD ist Ausdruck einer zunehmenden **Rechtsentwicklung in Deutschland** und Europa. Ihre soziale Basis sind die Sozialraubzüge der letzten Jahre - Agenda 2010 und Hartz IV – sowie die Abwälzung der Krisenlasten auf breite Bevölkerungsteile. Dies hat zu einem massiven **Anstieg der Armut** geführt. In einer aktuellen Studie stellt der Paritätische Wohlfahrtsverband fest: „Noch nie war die Armut in Deutschland so hoch und noch nie war die regionale Zerrissenheit so tief wie heute. Deutschland ist armutspolitisch eine tief zerklüftete Republik“.

nisationen, Parteien, Jugendverbänden, Hochschulgruppen, Vereinen und Einzelpersonen organisierte eine **Protestaktion**. Unter dem Motto „Hier ist kein Platz für Rechtspopulismus“ kamen am Morgen des 17. Januars ca. 100 Teilnehmer zusammen. Darunter auch **Genossinnen und Genossen der DKP**, die mit Flugblättern über den Charakter der AfD informierten.

Doch die **Lösung der sozialen Probleme** besteht nicht im Schüren von Vorurteilen und Hass, nicht in der Diskriminierung von Menschen, sondern im **Kampf** gegen die Verursacher von Krise, Niedriglöhnen, Armut und Arbeitslosigkeit. Nicht Intoleranz und Egoismus, sondern **Einheit und Solidarität** sind der Weg. Der Feind, das sind die herrschende politische Klasse und die dahinter stehenden Kapitalinteressen - kaj

Die AfD wirkt als Scharnier zwischen **bürgerlicher Rechten** und **offenem Faschismus**. Sie steht für eine Politik des Sozialabbaus und der Vorrechte von Privilegierten. Hierzu schürt sie Ressentiments und bietet Menschen mit fremdenfeindlichen, rassistischen und rechtsradikalen Einstellungen eine Plattform und eine politische Heimat.



Die Diskriminierung der Frau

Frauen werden weltweit und auch in Deutschland systematisch diskriminiert und unterdrückt. Was sind die sozialen Wurzeln der Diskriminierung der Frau? Und was hat der Marxismus-Leninismus zu diesem Thema zu sagen?

Vom Standpunkt des **Marxismus-Leninismus** ist die Diskriminierung der Frau ein gesellschaftliches, d.h. historisch entstandenes Phänomen. Sein Ursprung liegt nicht in der Natur der Geschlechter begründet, sondern in den sozialen Verhältnissen, in denen die Menschen leben.

Friedrich Engels, einer der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, zeigt in seinem Werk „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“, dass die **Unterdrückung der Frau** erst zu einem Zeitpunkt in der Geschichte auftrat, als sich die Gesellschaft in Klassen aufteilte. „Der erste Klassengegensatz, der in der Geschichte auftritt, fällt zusammen mit der Entwicklung des Antagonismus von Mann und Weib ..., und die erste Klassenunterdrückung mit der des weiblichen Geschlechts durch das männliche.“ (MEW 21: S. 68) Neuere Untersuchungen bestätigen die These, dass es systematische Frauenunterdrückung in den urkommunistischen Jäger- und Sammlergesellschaften nicht gab.

Die Unterdrückung der Frau durch den Mann entspringt demnach einem **Klassengegensatz**, der in den gesellschaftlichen Produktions- und Eigentumsverhältnissen verwurzelt ist. **Alle Frauen** waren unterdrückt in den vorkapitalistischen Klassengesellschaften. Aber sie standen nicht unter der Herrschaft aller Männer. Denn viele Männer waren auch unterdrückt, so die männlichen Sklaven und die Knechte der patriarchalen Haushalte. Die Unterdrückung der Frau entstand also nicht auf der Basis der „sexuellen Ausbeutung“ durch den Mann, sondern auf der Grundlage spezifischer **Produktionsverhältnisse**, die ein Resultat der Entwicklung der Produktivkräfte waren.

Mit dem Wandel der Produktions- und Eigentumsverhältnisse und mit der Eroberung der Verfügungsgewalt einer Gruppe von Männern über die Produktionsmittel ging historisch die **Entrechtung der Frau** einher. „Der Umsturz des Mutterrechts war die *weltgeschichtliche Niederlage des weiblichen Geschlechts*. Der Mann ergriff das Steuer auch im Hause, die Frau wurde entwürdigt, geknechtet,

Sklavin seiner Lust und bloßes Werkzeug der Kinderzeugung. Diese erniedrigte Stellung der Frau ... ist allmählich beschönigt und verheuchelt, auch stellenweise in mildere Form gekleidet worden; beiseitigt ist sie keineswegs.“ (MEW 21: S. 61)

Heutzutage nimmt die Diskriminierung der Frau subtile Formen an. So verdienen Frauen im Schnitt 22% weniger als Männer. Zwei Drittel aller Minijobs werden von Frauen ausgeübt. Brüche in Erwerbsbiografien durch Kindererziehung benachteiligen

Frauen bei der Rentenberechnung. Frauen haben ein deutlich höheres Armutsrisiko als Männer. usw.

Da die Entrechtung der Frau den gesellschaftlichen Klassenverhältnissen entspringt, kann sie letztlich nur durch die **Aufhebung der Klassenverhältnisse** überwun-

den werden. Erst in der klassenlosen Gesellschaft (**Kommunismus**) ist die Frau wirklich emanzipiert. Die Überwindung der Klassengesellschaft und der Aufbau einer klassenlosen Gesellschaft sind die historischen Missionen der **Arbeiterklasse**. Der Kampf für die Emanzipation der Frau ist daher **Bestandteil der Kämpfe der Arbeiterbewegung**.

Nina Hager, stellvertretende Vorsitzende der **DKP**, zieht die richtigen Konsequenzen: „Deshalb sind unsere Forderungen und Forderungen als Kommunistinnen zum 8. März auch heute: Organisiert euch – über Ländergrenzen hinweg –, seid solidarisch und kämpft: für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit, gleiche Bildungs- und Ausbildungschancen, soziale Sicherung und die Zukunft eurer Kinder, für politische Gleichberechtigung, gegen Krieg und Flüchtlingselend, gegen Rassismus und Faschismus! Kämpft für eine andere, eine friedliche, eine sozial gerechte und solidarische Welt! Für uns ist das der **Sozialismus**.“ - kaj

**INTERNATIONALER
FRAUENTAG
8. März 2015**

Veranstaltung der DKP zum Internationalen Frauentag

Sonntag, 8. März 2015

ab 14.00 Uhr

Stuttgart-Feuerbach

Borsigstraße 5

Karlsruhe im Ausnahmezustand

Am Dienstag den 24. Februar 2015 fand der erste Aufmarsch der **PEGIDA-Bewegung in Karlsruhe** statt. Auf dem Stephanplatz versammelten sich zwischen 100 und 300 Rassisten (je nach Quelle) und marschierten anschließend durch die Kaiserstraße. Hierzu wurde die halbe Innenstadt polizeilich abgeschottet.

Der Termin ist nicht zufällig gewählt. Wie im Vorfeld bekannt wurde, gab es Absprachen mit den Organisatoren des alljährlich am 23. Februar in **Pforzheim stattfindenden Neonazi-Aufmärschs**. Schon alleine dieses Bündnis zwischen PEGIDA und Neonazis veranschaulicht den politischen Charakter dieser Bewegung. Da passt es auch, dass der wegen **Volkshetze** verurteilte Rassist Michael Mannheimer auftrat und Einwanderung und Asyl als „Genozid am deutschen Volk“ verunglimpfte.

An verschiedenen Orten wurden Gegenkundgebungen abgehalten. Die größte fand auf dem Friedrichsplatz statt und wurde getragen von dem **Bündnis „NoKargida“**, dem auch die DKP angehört. Zwischen 700 und 1.000 Gegendemonstranten (je nach Quelle) versammelten sich um für Toleranz und Vielfalt zu demonstrieren.

PEGIDA hat seinerseits angekündigt, künftig jeden Dienstag aufmarschieren zu wollen. Dies erfordert den entschlossenen **Widerstand aller Karlsruher Bürgerinnen und Bürger**, die eine tolerante und offene Stadt befürworten.

Karlsruhe darf nicht zum Auflaufbecken von Nazis und Rassisten aus Nah und Fern werden!

Informiert Euch über Gegenaktionen, z.B. auf: <http://www.nokargida.de/>

– kaj

DKP & Wochenzeitung UZ - Jetzt kennen lernen

DKP UZ



- Ich möchte die UZ 4 Wochen kostenlos probelesen. (Abo endet automatisch)
- mehr Infos über die DKP und ihr Programm
- Kontakt zu einer DKP-Gruppe in meiner Nähe

Name

Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ / Ort

Telefon

E-Mail

Coupon einsenden an:
CommPress Verlag GmbH . Hoffnungstraße 18
45127 Essen oder per Mail schicken:
info@unsere-zeit.de
Tel.: 0201 - 17 78 89 23 Fax: 0201 - 17 78 89 28



Kontakt zur DKP?

Besuche unverbindlich eine unserer **monatlichen Mitgliederversammlungen** oder nimm an unseren **regelmäßigen Bildungsabenden** teil.

Infos auf Anfrage: info@dkp-karlsruhe.de

oder:  Finde uns auf facebook



Hans Jürgen Rettig
Markgrafenring 10
76703 Kraichtal

<http://www.imkerei-kraichtal.de/>

Lust auf Honig?